

SED will im Wahlkampf provozieren

Ebert: „... als wenn es unser eigener wäre!“

Vergangene Woche hat das SED-Politbüromitglied Friedrich Ebert auf einer Zentralkomitee-Tagung erklärt, es sei „die Aufgabe aller in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen, in jeder möglichen Form so auf den Wahlkampf in Westdeutschland einzuwirken, als würden wir selbst unmittelbar an ihm teilnehmen“. Die SED müsse sich dazu eine Plattform suchen, von der aus der Kampf gegen die Regierung der Bundesrepublik geführt werden könne. Zu diesem Zweck sei ihr jeder Bündnispartner recht. Diese Äußerung fiel zu einem Zeitpunkt, als eine kleine Armee kommunistischer Funktionäre in der Bundesrepublik umherreiste, um Ansatzpunkte für Störaktionen auszumachen. Sie ist das offizielle Eingeständnis der SED, den westdeutschen Wahlkampf mit allen Mitteln stören zu wollen.

Wir haben bereits vor Wochen über die aus einem Millionenfonds der Zonenregierung finanzierten Funktionärsreisen in die Bundesrepublik berichtet. Wir haben darauf hingewiesen, daß diese Leute Material zusammentragen sollen, mit dem die SED später eine Serie großangelegter Störmanöver starten will. Die SED hat derartige Praktiken rundweg abgestritten und sich im Gegenteil über eine angebliche „Einmischung in den Wahlkampf der Nationalen Front zum 23. Juni“ beklagt.

Jetzt hat Ebert selbst die Störaktionen der SED zu den Bundestagswahlen zugegeben. Man kann darüber in allen Einzelheiten in Eberts Politbüro-Erklärung lesen. Warum aber diese für eine Untergrundaktion ungewöhnliche Offenheit?

Kampfgenossen gesucht

Diese Offenheit hat zwei Gründe: 1. Durch die Aufdeckung der vorbereitenden SED-Aktionen kann die Sowjetzonenpartei nicht länger im Untergrund verweilen. Man kennt die Aufgaben der in die Bundesrepublik eingeschleusten Funktionäre, man kennt die Kanäle, aus denen gewisse Wahlgelder fließen, man kennt die Taktik und — die Miß-

erfolge der Kommunisten bei ihren zahlreichen Ansprechversuchen. Somit hat die SED nichts mehr zu verbergen. 2. Es ist der SED nicht gelungen, auf dem Untergrundwege „eine Plattform“ für ihre Störaktionen zu finden. Da sie nun — wie gesagt — nichts mehr zu verbergen hat, läßt sie die Katze aus dem Sack und erklärt ganz offiziell: Wir sind bereit, uns mit jedem zu verbünden, der gegen Adenauer ist! Ebert hat dies wörtlich erklärt und damit die Hoffnung verknüpft, es mögen sich „Leute aller politischen Richtungen und Meinungen zum Volkskampf gegen Adenauer finden“. Was aber will die SED mit diesen Leuten tun?

Man muß davon ausgehen, daß die Kommunisten heute im Westen über keine legale Möglichkeit verfügen, in den Wahlkampf einzugreifen. Selbst wenn die KPD nicht verboten, sondern zugelassen wäre, könnte sie mit deren auseinandergefallenen Apparat keinen politischen Kampf führen. So ist ihre Tätigkeit auf reine Destruktion gerichtet; Ihr Ziel ist weniger, für diese oder jene Partei in den Wahlkampf einzugreifen, als vielmehr eine allgemeine Verwirrung zu stiften und die Atmosphäre zu vergiften. Naturgemäß gilt ihr

Hauptkampf der CDU und dem Bundeskanzler, weil sie in der gegenwärtigen Regierung das stärkste Hindernis für eine kommunistische Unterwanderung der Bundesrepublik erblickt. Aber sie würde sich auch gegen jede andere Regierung richten, weil der kommunistische Weizen nur auf der Uneinigkeit aller nichtkommunistischen Kräfte blühen kann.

Fälscher am Werk

Die Redakteure der Ostberliner SED-Zeitungen vermochten am Wochenende das zu erfahren, was Ebert trotz aller Offenheit verschwiegen: Das Zentralkomitee versprach ihnen „eine Fülle enthüllender Materialien“ gegen die Mitglieder der Bundesregierung, das — wie es hieß — „zur Stunde noch bearbeitet werde“. Inzwischen wurde jedoch bekannt, daß ein Heer routinierter Fälscher aus den Reihen des sowjetzonalen Nachrichtendienstes am Werk ist, um die von den reisenden Funktionären aus dem bundesdeutschen Wahlkampf mitgebrachten Hintertreppen-Informationen auszuwerten und entsprechend zu „veredeln“. In aller Kürze werden diese „Enthüllungen“ — zum Teil von heute im Osten tätigen Experten Goebbels'scher Fälscherzentralen in Form gebracht — die ersten Seiten der SED-Zeitungen zieren. Und die SED, für die sich keine direkte „Plattform“ fand, kann nur hoffen, daß sich Dumme finden werden, die diese Dinge kolportieren. Nach dem Motto „Etwas bleibt immer hängen!“ suchen die Kommunisten den an der Peripherie des Wahlkampfes aufgewirbelten Schmutz zu komprimieren und daraus einen Verleumdungsfeldzug gegen jene zu starten, die ihren Infiltrationsplänen im Wege sind,

J. B. Gradl:

Wenn zwei sich so streiten ...

Der scharfe Meinungs-
tausch zwischen CDU und SPD
nach der Nürnberger Kritik des
Bundeskanzlers an der Opposition
und die Zuspitzung des
Wahlkampfes haben in der
Öffentlichkeit warnende Erinne-
rungen an den Parteienkampf
und das Parteienende der Wei-
marer Zeit ausgelöst. Die Sorge
besteht, das Zerwürfnis zwi-
schen den Parteien könnte so
tief werden, daß in kommenden
kritischen Perioden — mit de-
nen ein Volk in unserer Lage
und in dieser gefährdeten Welt
immer rechnen muß — die Na-
tion Schaden leiden könnte.
Wenn dem so ist, dann emp-
fiehl ich den Versuch, den
Dingen etwas tiefer auf den
Grund zu gehen.

Das innenpolitische Gefüge
der Bundesrepublik ist wesent-
lich anders als das der Wei-
marer Republik. Bei Verglei-
chen kommt die letztere in der
Regel schlecht weg. Die Wirk-
lichkeit ist jedoch nicht so ein-
fach. Die heutige Konstruktion
ist gegenüber der Unstabilität
und Zersplitterung Weimars
ein wesentlicher Fortschritt, aber
sie hat auch ihre Gefahren,
wenn man den Besonderheiten
unserer Verfassung und innen-
politischen Entwicklung nicht
genügend Rechnung trägt.

Der Unterschied zu Weimar

Diese Besonderheiten beste-
hen hauptsächlich in der Ent-
wicklung zum Zweiparteiensystem
und in der Erschwerung
eines Regierungsturzes. In der
Bundesrepublik ist zwar das
Zweiparteiensystem noch nicht
erreicht, aber sie ist ihm er-
neblich nähergekommen. Wahr-
scheinlich wird die Wahl am
15. September einen weiteren
Schritt in dieser Richtung brin-
gen. Heute bereits ist es so,
daß außer Union und Sozial-
demokratie nur noch eine Par-
tei, die FDP, mit einiger Zu-
versicht glauben kann, auf sich
allein gestellt über die Hürde
der Fünfprozentklausel zu
kommen. Selbst ihr ist bei die-

sem Alleingang nicht wohl,
und noch viel mehr gilt das für
den BHE. Die Deutsche Partei
hat sich von vornherein Wahl-
hilfe gesichert. Allen diesen
kleineren Parteien zusammen
wird neben den beiden Großen
höchstens fünfzehn Prozent
der Mandate als Chance ge-
geben. Das reicht unter Umstän-
den aus, um Zünglein an der
Waage zu spielen; an der ent-
scheidenden Stellung der bei-
den Großen ändert es nichts.

Diese Entwicklung, die die
Gegenwart so positiv von der
Weimarer Zeit unterscheidet,
bringt allerdings mit sich, daß
Union und Sozialdemokratie um
so unmittelbarer und heftiger
aufeinanderstoßen. Die Auf-
spaltung in eine größere Zahl
von Parteien macht die Gren-
zen zwischen ihnen weniger
hart, die kleineren Parteien
wirken wie eine Art Pufferzone,
und eine Vielfalt von Parteien
eröffnet mit den Möglichkeiten
eines wechselnden Koalitions-
spiels für jede die Aussicht,
auch einmal an der Regierung
beteiligt zu werden. Diese Aus-
sicht wirkt zugleich mäßigend
während der Opposition. Mit
dem Verkümmern und Abster-
ben der kleineren Parteien ver-
schwinden unvermeidlich diese
dämpfenden und mäßigenden
Effekte einer Parteienvielfalt.
Hinzu kommt das aus guten
Gründen in die Bundesverfas-
sung aufgenommene konstruk-
tive Mißtrauensvotum, das einen
einmal gewählten Bundeskanzler
nur durch die Wahl eines
Nachfolgers absetzbar macht.
Die Regierung der Partei, die
den Wahlkampf gewinnt, ist
dadurch normalerweise für die
vierjährige Dauer eines neuen
Bundestages unstürzbar.

Wie läßt es sich bessern?

Durch diese innere Entwick-
lung und verfassungsrechtliche
Ordnung wird die Bundesrepu-
blik vor zersetzender Parteien-
zersplitterung, vor ständigen
Regierungskrisen und launi-
schen Koalitionsspielen be-
wahrt. Aber die Kehrseite ist
die Erbitterung und Schärfe
des Wahlkampfes. Es gibt vom
Standpunkt der beiden Großen
nur Sieg oder Niederlage, und
die Entscheidung fällt prak-
tisch für vier Jahre. Hier lie-
gen wesentliche Gründe der

Überreizung des Wahlkampfes.
Den vollen Gewinn aus der heu-
tigen Ordnung und Entwicklung
des innenpolitischen Lebens
kann die Bundesrepublik des-
halb auf die Dauer nur ziehen,
wenn die verantwortlichen —
man kann auch sagen: die
übrigbleibenden — Parteien es
fertigbringen, die Gegensätze
nicht absolut, die Gegnerschaft
nicht zu Feindschaft werden zu
lassen.

Gelegentlich wird mit dem
Hinweis auf österreich eine Ra-
dikalkur empfohlen, nämlich
Koalition der gegnerischen
Gruppen. Nun ist durchaus
denkbar, daß einmal in einem
nationalen Notstand, oder wenn
beispielsweise die Frage der
Wiedervereinigung in ein kon-
kret-kritisches Stadium kommt,
eine Allparteienregierung oder
eine sogenannte große Koali-
tion notwendig wird. Aber
unter den gegebenen Umstän-
den und normalerweise ist es
bekömmlicher, daß die Regie-
rung unter der Aufsicht einer
Opposition arbeitet und das
politische Leben vor Erstarrung
und Verflüchtung bewahrt wird.

Eine Mäßigung der politischen
Gegensätze ließe sich erreichen,
wenn sich die Länder in das
politische Gefüge der Bundes-
republik besser und verfas-
sungsgerechter einordnen wür-
den. Die Länder könnten die
dämpfende und beschwichtigende
Rolle übernehmen, die durch
das Verschwinden der
Parteienvielfalt frei wird. Dazu
müßten sich allerdings die Län-
derregierungen auch in politi-
schen Fragen im Bundesrat
mehr von sachlichen als von
parteilichpolitischen Erwägungen
leiten lassen. Und die Landes-
politik dürfte nicht zu einem
bloßen Reflex der Bundesrepu-
blik und zu einem simplen Ab-
klatsch ihrer Parteienfront
werden, weder bei der jewei-
ligen Koalitionsbildung in den
einzelnen Ländern noch in der
politischen und Verwaltungs-
arbeit. Deshalb war auch die
gemeinsame Protesthaltung der
sozialdemokratischen Länder-
chefs gegen den Bundeskanzler
abwegig. Bei Veranstaltungen
des Bundesrates sind die Mini-
sterpräsidenten und Regieren-
den Bürgermeister zuerst Ren-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Kinderverschickung ein Verbrechen?

Berlin (epd). Die sowjetzonalen Behörden haben die Hauptgeschäftsführer des Evangelischen Hilfswerkes in Pommern und Mecklenburg, Erich Wegner und Erich Schmidt, sowie die Kreisgeschäftsführerin in Bad Doberan, Frau Möller, verhaftet. Als Grund wurde in allen drei Fällen die Verschickung erholungsbedürftiger Kinder aus der Zone nach Westdeutschland angeführt.

Kirchentag 1959 in München

Vorbereitende Tagung in Hamburg geplant

Fulda (epd). Die Einladung der bayerischen Landeskirche und des Münchener Oberbürgermeisters, das nächste gesamtdeutsche Treffen der evangelischen Christen im August 1959 in München abzuhalten, wurde vom Kirchentagspräsidium angenommen.

Zu einer thematischen Vorbereitung wird Präsident Dr. von Thadden-Trieglaff zu einem „Kirchentagskongreß“ einladen, der im April 1958 in der Ham-

Zone baut Kulturzentrum

Aber Polen ist mit Ulbricht unzufrieden

Berlin (Eigenbericht/DPA). Die Sowjetzonenregierung will am Geburtstag Goethes in Warschau ein „Kultur- und Informationszentrum der DDR“ eröffnen. Das Gebäude soll in der Nähe des von der Sowjetunion errichteten Kulturpalastes liegen. Es enthält nach Mitteilung des „Neuen Deutschland“ einen Kino-Saal, Konferenz-, Verkaufs- und Leserräume. Ungeduldet der Pankower Propaganda-Bemühungen ist man in Polen offensichtlich mit dem Erfolg des Gomulka-Besuches in Ostberlin Mitte Juni nicht zufrieden.

Von polnischer Seite wurde am Wochenende auf „die hartnäckigen Elemente“ innerhalb der SED hingewiesen und betont, die SED-Regierung müsse endlich einsehen, daß unweigerlich eine „neue Ära“ angebrochen sei. Diesem Zweck habe teilweise auch der Besuch Gomulkas gedient. Die Pankower Regierung sei aber offenbar nicht daran interessiert, die damals gegebenen Zusagen

einzuhalten. So versuche sie, innerhalb der SED die Diskussionen über die Entwicklung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (KP) seit Oktober 1956 zu unterbinden. Auch die Bitte zahlreicher kleinerer SED-Funktionäre, polnische Arbeiterdelegationen empfangen zu dürfen, sei ohne Begründung abgelehnt worden. Ebenso habe Pankow die zugesagten Erleichterungen beim Studentenaustausch bisher nicht eingeführt.

Kadar verschärft Menschenjagd

Antisowjetische Demonstrationen

Budapest (AP). Angesichts der schwellenden Unruhe unter der Bevölkerung hat der ungarische Justizminister Nezval die ihm unterstehenden Behörden angewiesen, ihren Feldzug gegen „staatsfeindliche Elemente“ verstärkt fortzusetzen und die „Konterrevolutionäre“ schärftens zu bestrafen.

Der Budapester Rundfunk berichtete bereits von zahlreichen neuen Verhaftungen und dem Beginn mehrerer Gerichtsverfahren im Zusammenhang

mit dem Volksaufstand vom Herbst vergangenen Jahres. Nach dem Rundfunkbericht sind allein in einem Ort 13 Bauern verhaftet worden, die beschuldigt werden, eine regierungsfeindliche Gruppe gebildet zu haben.

In der westungarischen Ortschaft Hird ist es kürzlich zu antisowjetischen Demonstrationen gekommen, bei denen ein kommunistischer Polizeioffizier von einer Menschenmenge verprügelt wurde. Nach der Meldung einer ungarischen Provinzzeitung begannen die Unruhen, als die Menge einen sowjetischen Film auspuffte. Der Polizeioffizier wollte gegen die Demonstranten vorgehen, mußte dann aber vor der Menge, die ihn lynchen wollte, flüchten. Gegen die Demonstranten ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Aus einem Budapester Gefängnis sind nach einer Meldung von Radio Budapest drei Häftlinge entflohen, die zum Tode verurteilt worden waren. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, bei der Fahndung nach den Flüchtlingen zu helfen.

Neue Gesichter im Bundestag

Nur zwei Drittel der Abgeordneten kommen wieder

W.W. Bonn. — Ungefähr die Hälfte oder zwei Drittel der Abgeordneten, die im zweiten Bundestag waren, werden aller Voraussicht nach auch dem dritten Bundestag angehören. Sie haben entweder einen „sicheren“ Wahlkreis oder einen so „guten“ Platz auf der Landesliste ihrer Partei, daß sie mit völliger Ruhe der Bundestagswahl entgegensehen können. Etwa ein Drittel der bisherigen Abgeordneten muß dagegen um seine parlamentarische Existenz kämpfen. Eine ganze Reihe von ihnen hat diesen Kampf schon verloren. Sie sind entweder gar nicht mehr als Kandidaten aufgestellt worden oder haben einen so schlechten Platz auf der Liste, daß sie ihre Hoffnungen begraben müssen. Wahrscheinlich wird der neue Bundestag wenigstens zu einem Drittel aus „Neulingen“ bestehen.

Den Neulingen unter den Kandidaten wendet sich in diesen Wochen ein besonderes Interesse zu. Soweit man sieht, sind weder Filmschauspieler noch bekannte Sportler darunter, mit denen eine Partei Massenwerbung betreiben könnte. Unter den adligen Kandidaten nimmt Fürst Bismarck (CDU) im Wahlkreis Lauenburg noch immer den ersten Platz ein. Aber der BHE macht ihm mit einem Fürsten Schaumburg-Lippe Konkurrenz, der schon früher einmal eine Rolle in der Politik gespielt hat: in der Umgebung von Goebbels. Außerdem hat der BHE unter seinen Kandidaten einen Hindenburg, dessen Verwandtschaftsverhältnis zu dem alten Feldherrn und Reichspräsidenten in Bonn noch unbekannt ist. Ob Prinz zu Löwenstein (früher FDP, jetzt DP) wiederkehrt, ist noch ungewiß,

obwohl er sicher für seine neue Partei kandidiert.

Kein Vertreter der Wirtschaft

Es ist aufgefallen, daß sich unter den Neulingen kein bekannter Vertreter der Wirtschaft befindet. Die meisten

Kandidaten, die an aussichtsreicher Stelle neu aufgestellt worden sind, kommen aus den Parteiapparaten. Das gilt sowohl für die SPD als auch für CDU und FDP. Bei der CDU will der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold in den Bundestag kommen, ebenso sein tatkräftiger Innenminister Dr. Meyers. Aber auch ihr Düsseldorfer Gegenspieler von der FDP, der jetzige Finanzminister Weyer und der Bundeswahlkampfleiter Döring, werden mit Sicherheit dem neuen Bundestag angehören. Von den bisherigen Bundesministern hat nur Jakob Kaiser mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand auf die Wiederwahl verzichtet. Die Nachricht, daß Staatssekretär Prof. Hallstein vom Auswärtigen Amt Abgeordneter werden wolle, war schon überholt, bevor sie erschien.

Endspurt in Nationalversammlung

Sondervollmachten für Algerien — Reform geplant

Paris. — In der Nationalversammlung begann — als die letzte große Aussprache vor den Ferien — eine mehrtägige Algeriendebatte. Die Regierung fordert eine Verlängerung und gleichzeitig eine Ausdehnung der Vollmachten für Algerien, um den Terrorakten von Algerien in Frankreich wirksamer entgegenzutreten zu können.

In Frankreich leben 350 000 Algerier, von denen sehr viele,

die einen freiwillig, die anderen unter Druck, den Losungen der beiden algerischen Unabhängigkeitsbewegungen folgen. Die französische Regierung hofft, die Terrorakte der Algerier in Frankreich erfolgreicher bekämpfen zu können, wenn gewisse Rechte, die für alle Bewohner Frankreichs gelten, für die algerischen Muselmanen außer Kraft gesetzt werden. Da aber ein Gesetz ausschließlich für muselmanische Algerier dem Rechtsempfinden ins Gesicht schlägt, sollen Ausnahmebestimmungen für alle in Algerien geborenen Bewohner Frankreichs gelten. Theoretisch würde damit z. B. auch der in Algerien geborene Marschall Juin unter das Sondergesetz fallen. Die Ausnahmebestimmungen erlauben Internierung nach Abbüßung einer Strafe, Verlängerung der gesetzlichen Untersuchungsdauer, Hausdurchsuchungen auch bei Nacht usw. Die Eingriffe in die Grundrechte des französischen Bürgers haben in allen Parteien bis weit hinein in die Rechte Bedenken ausgelöst, weil damit ein Präzedenzfall für künftige Willkürakte geschaffen werden könnte.

Städteschwund in Ostgebieten

Spätansiedler sollen „ohne Furcht zurückkehren“

Göttingen (DPA). In den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten sind seit 1946 insgesamt 38 Städte aus der Liste der städtischen Gemeinden gelöscht worden. Dies geht aus Informationen der polnischen Presse hervor, die vom Arbeitskreis ostdeutscher Wissenschaftler in Göttingen zusammengetragen wurden. Am stärksten ist der Rückgang in den Woiwodschaften Breslau, Grünberg und im südlichen Ostpreußen.

Die in Breslau erscheinende „Arbeiterstimme“ hat jetzt betont, alle Deutschen, die auf dem Wege der Familienzusam-

menführung in die Bundesrepublik gegangen seien, dürften „ohne Furcht nach Polen zurückkehren“. Das gleiche gelte für diejenigen, die zu Verwandtenbesuchen in die Bundesrepublik gereist, jedoch nicht zurückgekehrt seien. Sie alle brauchten sich, um in ihre Heimat zurückzukehren, nur an die polnische Militärkommission in Westberlin zu wenden. Wie die „Arbeiterstimme“ weiter meldet, will man in Niederschlesien zahlreiche deutsche Industriebetriebe wieder in Gang setzen. Bis zum Jahre 1960 ist daran gedacht, 400 Betriebe neu entstehen zu lassen.

So sind sie wirklich:

„Die Zeiten sind schwerer geworden...“

Wenn Dutzende „garantiert-originaler“ Enthüllungs-Dokumente in den nächsten Wochen in die Spalten kommunistischer Zeitungen gelangen werden, wenn die kommunistischen Fälscherzentralen mit Hochdruck für den westdeutschen Wahlkampf zu arbeiten beginnen, dann wird ein Mann daran beteiligt sein, dessen Name sich kaum in offiziellen Partei-Chroniken findet. Richard Stahlmann, eine der dunkelsten Figuren aus dem illegalen SED-Apparat, wurde vom Agitationschef des Zentralkomitees, Horst Sindermann, mit der Auswertung des einschlägigen „Enthüllungs“-Materials betraut. Ihm wird es obliegen, geignetes Informationsmaterial westdeutscher KP-Kreise nach „Bearbeitung“ in die Bundesrepublik zurückzuschleusen. Eine langjährige Erfahrung als Leiter des geheimen Kurierapparates wird ihm diese Aufgabe erleichtern. Unbekannt aber dürfte sein, daß Stahlmann einst zu jener Gruppe von Stalin beauftragter Kommunisten gehörte, die den Nazis „Belastungs-Dokumente“ gegen nichtkommunistische politische Gegner zur Verfügung stellte.

Klarname: Arthur Illner

Stahlmann ist ein „Deckname“. Sein „Klarname“ — um im Geheimdienstjargon zu bleiben — ist Arthur Illner. Unter diesem Namen wurde er am 15. Oktober 1891 in Königsberg geboren. Er erlernte das Tischlerhandwerk, stieß mit 16 Jahren zu jungsozialistischen Kreisen und wurde von Liebknecht 1918 in die im Aufbau befindlichen Gewerkschaften eingeschleust. Er benutzte 1923 seine Stellung als Gewerkschaftssekretär, um für die Sowjets illegale Waffengeschäfte zu arrangieren. Als Waffenhändler entlarvt, flüchtete er in die Sowjetunion und nahm zusammen mit dem späteren SSD-Minister Zaisser am ersten Kursus der berühmten Moskauer „M-Schule“ teil. Bereits 1924 fungierte er als russischer Spionageabwehr-Offizier und ging in diesem Auftrage zusammen mit Zaisser

RICHARD STAHLMANN



nach China. Unter den verschiedenen Namen tauchte er zwischenzeitlich wieder in Deutschland auf, um für Thälmann den „M-(Militär)-Apparat“ zu organisieren.

Während dieser Tätigkeit lernte er den geistigen und finanziellen Vater aller kommunistischen Tarnorganisationen, Willi Münzenberg, kennen und schätzen. Sowohl Münzenberg als auch Illner-Stahlmann wußten, daß nur eine geeinte Front aller Hitlergegner die zu Beginn der dreißiger Jahre bereits sterbensranke Weimarer Demokratie retten konnte. Als Stalin trotzdem ein zeitweiliges Zusammengehen von KPD und NSDAP befahl, stellten sich Münzenberg und Stahlmann bedingungslos in den Dienst dieser verbrecherischen Politik.

Dokumente aus Moskau

Mitte 1931 fuhr Stahlmann nach Moskau, um in den Fälscherzentralen der Sowjetspionage entstandenes Skandalmaterial gegen Weimarer Politiker und Reichstagsabgeordnete zu übernehmen. Stahlmann wußte, daß es sich um gefälschte Dokumente handelte, einige waren unter seiner Mithilfe entstanden. Mit Hilfe Münzenbergs — der auch in nichtkommunistischen Kreisen Einfluß besaß — wurde dieses Material in den

erbitterten Wahlkampf für den letzten demokratischen Reichstag Deutschlands eingeschleust. Als jene, die sich in politischer Verantwortungslosigkeit dieser makabren Dokumente bedienten, deren Ursprung erkannten, hätte ihnen diese Erkenntnis selbst bei gutem Willen und politischem Verstand nichts mehr genutzt: Mit einer halben Kompanie Abgeordneter zogen die Nazis in den Deutschen Reichstag ein. Wenig später war Hitler an der absoluten Macht.

Verräter und Verratene

Der Verräter Stahlmann ging in den Untergrund, flüchtete im Augenblick der Gefahr nach Schweden und tauchte erst in Spanien wieder als Polit-Kommissar der Interbrigaden auf. An der rotspanischen Front galt sein Kampf nicht Franco, sondern den damals noch verbündeten spanischen Trotzlisten, deren Führer er kaltblütig ermorden half. Mit einem Sowjetfrachter zog er sich bei Francos Vordringen nach Frankreich zurück, um beim Einmarsch der deutschen Truppen über die Schweiz nach Moskau auszuweichen.

Erst 1946 erfährt man durch Zufall von seiner Existenz als Leiter des illegalen Kurierdienstes im Spionageapparat des damaligen SED-Zentralekretariats. Zu dieser Zeit heißt er bereits Fritz Müller und wird in keiner Namenliste der Partei geführt. Bis 1953 erscheint er nur noch in den Akten internationaler Geheimdienste, seither blieb er verschollen. Nun schaltet sich Stahlmann-Illner-Müller in den westdeutschen Wahlkampf ein. Seine Genossen behaupten, daß er erst kürzlich von einem längeren Aufenthalt in Moskau zurückgekommen ist. Alles ist wie damals. „Nur“, sagt Stahlmann, „die Zeiten sind halt schwerer geworden...!“ Es scheint, die Menschen in Deutschland haben seit 1933 zum Leidwesen der Kommunisten doch einiges gelernt.

Das Zentralkomitee verteilt Zensuren

Bürgerliche Parteien blieben „schwankend und unklar“

Auf seiner 32. Tagung nahm das Zentralkomitee der SED erstmals Stellung zur Haltung der bürgerlichen Parteien und der kommunistischen Organisationen während der Vorbereitung der Gemeindewahlen. Es war eine „Zensuren-Verteilung“, die sich bereits in den nächsten Wochen in Form beachtlicher Umbesetzungen innerhalb der einzelnen Funktionsapparate auswirken wird. Letztlich war diese „Wahl“ für die SED nur ein probates Mittel, um die gesamte politische Maschinerie noch einmal in Schwung zu bringen und das Ineinandergreifen der einzelnen Teile dieses Mechanismus zu überprüfen. Die Schwächen und Meinungsverschiedenheiten einzelner Funktionäre und Organisationen, die sich dabei herausgestellt haben, stehen jetzt im Mittelpunkt einer verblüffenden Kritik.

So richtet sich die Hauptkritik gegen die bürgerlichen Parteien. Ihnen wird vom SED-Politbüro eine recht unterschiedliche Mitarbeit bescheinigt. Besonders über die Fragen der Staatsmacht, der „sozialistischen Demokratie“ und des Charakters der sowjetzonalen Wahlen habe es Schwankungen und Unklarheiten gegeben. Was ist damit gemeint? Es ist bekannt, daß sich Ost-CDU und LDP vergeblich gegen ihre Ausbootung aus den unteren „Volksvertretungen“ gewehrt haben, daß es auf den vorbereitenden Bezirkskonferenzen dieser Parteien starke Zusammenstöße zwischen der Mitgliedschaft und den opportunen Parteiführungen gegeben hat, und daß namentlich die Ost-CDU beharrlich um ihren künftigen Status als „bürgerliche“ Partei kämpfen möchte. Es ist keineswegs so, daß diese Parteien mit der nichtgeheimen Wahl und der Mandatsverteilung einverstanden waren. Die Mitglieder der Ost-CDU und der LDP sind auch keinesfalls für den „sozialistischen Weg“ der sowjetzonalen Volkswirtschaft. Die Frage der Staatsmacht ist für sie nicht dadurch geklärt, daß die SED die ursprüngliche Blockpolitik aufkündigte und ein Zusammengehen in der „Nationalen Front“ erzwang. Viele CDU- und LDP-Funktionäre haben sich verschworen, die wenigen ihnen verbliebenen Plätze in den Volksvertretungen dazu zu benutzen, um der weiteren kommunistischen Machtergreifung nach besten Kräften Einhalt zu gebieten. Andere plädierten ganz offen für die allmähliche Selbstauflösung der „bürgerlichen“ Parteien, damit diese dem SED-Regime nicht

länger als Fassade dienen mögen.

FDGB „zu müde“

Alle diese Spannungen wurden während der kommunistischen Wahlvorbereitung ängstlich geheimgehalten und erst jetzt, fast einen Monat danach, riskiert man die offene Kritik. Hatten doch die örtlichen SED-Vertreter während der vergangenen Monate Muße genug, um die mit ihnen im „Wahlkampf“ stehenden bürgerlichen Funktionäre auf ihre Gesinnung zu überprüfen. Alles weitere ist eine Frage der Einflußnahme des SED-Zentralkomitees auf die bürgerlichen Parteivorstände, deren Funktionsapparate nun entsprechend der Zensurenverteilung umgruppiert werden müssen. Unkomplizierter ist es mit den Gewerkschaften, die man in direkter Linie „säubern“ kann. Nachdem Ulbricht bereits kürzlich in einem Rundfunk-Interview den FDGB-Leitungen bescheinigte, sie hätten sich im Wahlkampf „äußerst müde“ verhalten und nicht verstanden, „politische Tagesforderungen von ökonomischen Wünschen zu trennen“, erklärte nun das Politbüro, man müsse die gesamte Struktur der Gewerkschaften überprüfen, um festzustellen, ob diese „der sozialistischen Entwicklung entsprechen“. Das heißt: Die FDGB-Mitglieder haben — wer könnte ihnen das verdenken — während der Wahlvorbereitung versucht, ihre berechtigten gewerkschaftlichen und sozialen Forderungen zur Geltung zu bringen. Das hat gewisse für die SED unangenehme Akzente in die Gemeindewahlen gebracht und der Staatspartei gezeigt, daß es auch heute noch FDGB-Funktionäre gibt, die sich zumindest

SSD, herhören!

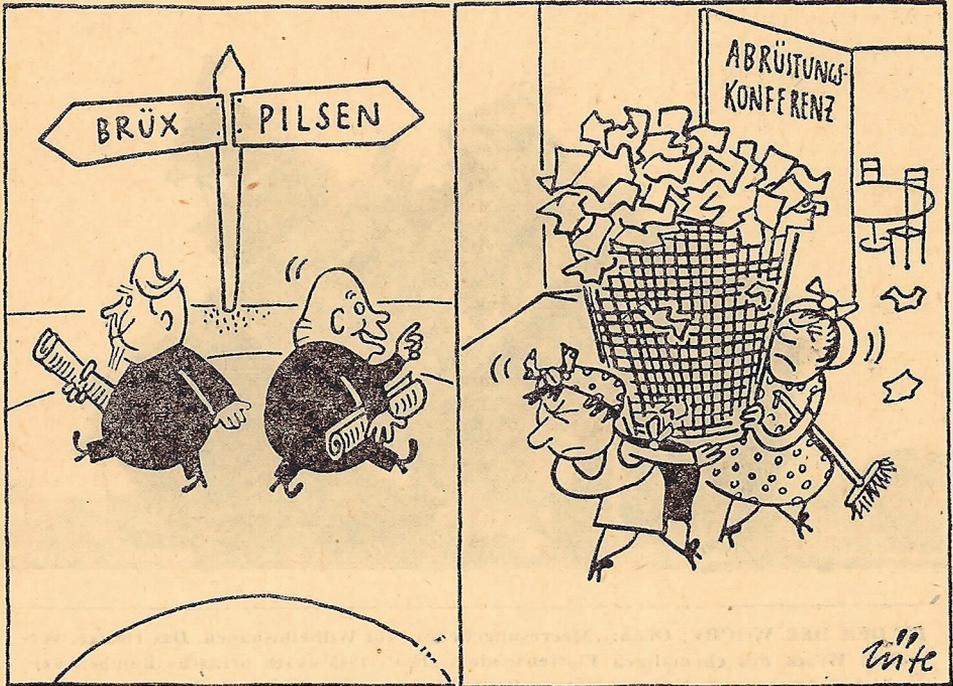
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

ebenso stark als Gewerkschafter wie als kommunistische Agitatoren fühlen. Diese Leute ihrer Funktionen zu berauben, wird Aufgabe einer von FDGB-Chef Warnke bereits angekündigten Säuberung sein.

Mit der FDJ zufrieden

Unerwartetes Lob wurde dagegen der FDJ gespendet. Diese zum Träger des Wahlkampfes avancierte Organisation habe ihre Aufgabe durchaus ernst genommen. Was tut es, wenn die FDJ — wie an anderer Stelle bekannt wird — gerade während dieser Zeit eine große Zahl alter bewährter Mitglieder verloren hat. Ist es nicht bezeichnend, daß die FDJ in mehr als 80 Kreisen nicht instande war, die ihr zustehenden Kandidatenposten mit geeigneten Mitgliedern zu besetzen? FDJ-Sekretär Namokel hat zugegeben, daß die Wahlkampagne zwar für Tausende neuer Mitglieder „Bewährungseinsatz“ gewesen sei, daß sich jedoch zugleich „eine erschreckende Zahl bewährter Funktionäre still und heimlich in das Nichts zurückgezogen“ habe. Das ist die Kehrseite der SED-Wahlen. Über sie wird man erst jetzt Näheres erfahren. Nur — ob man der politischen und moralischen Depression einst williger Kommunisten mit Säuberungen und Umbesetzungen in den Funktionsapparaten begegnen kann, wird auch diesmal mehr als fraglich sein.



„Gereimt reden — Vereint schlagen!“
(Sowjetisches Sprichwort)

17. Verhandlungswoche

Wenn zwei sich so streiten...

Fortsetzung von Seite 2

gierungschefs und nicht Parteipolitiker. So sollte es jedenfalls sein.

Die Einsicht ist zwar da

Überhaupt ist die Schärfe innenpolitischer Gegensätze sehr stark eine Frage der Haltung. Der Oppositionsführer hat in seiner Antwort auf die Nürnberger Bemerkung des Bundeskanzlers gesagt, bei aller Härte des politischen Kampfes gebe es Gemeinsames, das nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte. Wenn diese Einsicht, die an sich auf allen Seiten vorhanden ist, in der Praxis stärker beachtet würde, wäre Wesentliches gewonnen. Aber dann dürften auch Themen wie die Wiedervereinigung und die Atomsorge nicht zum Einhei-

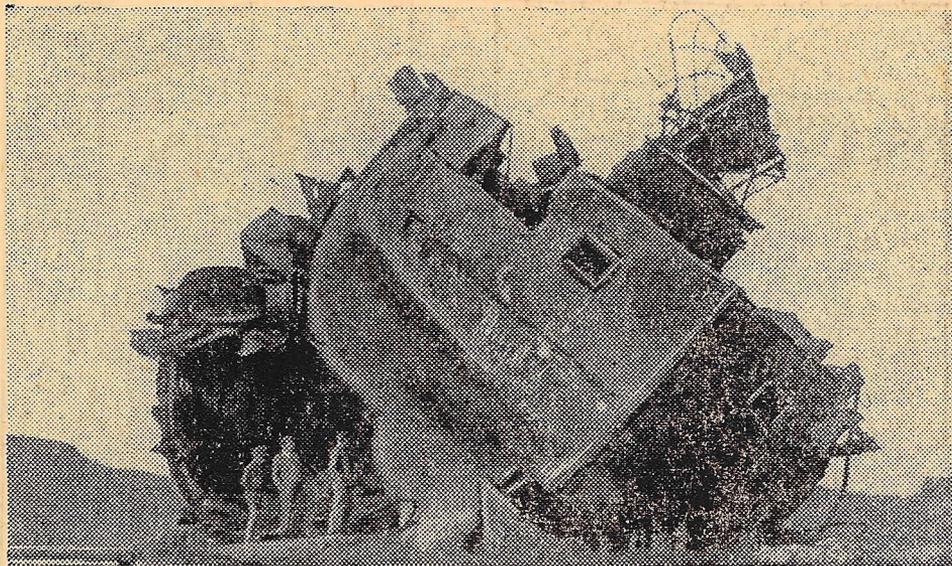
zen des Wahlkampfes benutzt werden. Nichts wäre dagegen zu sagen, würde die Diskussion auf die sachlichen Meinungsverschiedenheiten über den richtigen Weg beschränkt. Das Bedenkliche liegt darin, daß den sachlichen Zweifeln Zweifel an der Gesinnung des Gegners hinzugefügt werden. Die Übergriffe der sozialdemokratischen Wahlpropaganda, die der Bundeskanzler auf seiner Pressekonferenz am Freitag erwähnt hat, sind Beispiel genug dafür, wie es nicht sein sollte — was aber nicht heißt, daß die Sünden nur auf einer Seite begangen werden.

In der letzten Phase des Wahlkampfes sind die Gemüter zu erregt, als daß man radikale Besserung erwarten dürfte. Nach dem Wahlkampf aber ist genügend Anlaß zum Nachden-

ken. Das Wort von dem Boot, in dem wir alle gemeinsam sitzen, ist in der Vergangenheit allzuoft gebraucht worden, so daß man sich scheut, es noch weiter zu strapazieren. Aber das Bild ist richtig. Die Risiken der internationalen Politik sind für Deutschland zu groß, als daß sich die Parteien abgrundtief auseinanderstreiten dürften.

Wyszynski bleibt eisern

Warschau (DPA). Der Primas von Polen, Kardinal Wyszynski, hat allen katholischen Geistlichen kanonische Strafen angedroht, falls sie mit der „fortschrittlichen katholischen“ Pax-Bewegung des Landes zusammenarbeiten. Die Warnung des Kardinals wurde von der polnischen Zensur bisher zurückgehalten.



BILDER DER WOCHE: Oben: „Meeresungeheuer“ vor Wilhelmshaven. Das riesige, verrostete Wrack des ehemaligen Flottenjägers „Hai“, 1945 durch britische Bomben versenkt, wird jetzt gehoben. — Unten: Deutschland gewann den „Preis der Nationen“. Bundesernährungsminister Lübke beglückwünscht in Aachen die deutsche Mannschaft (v. l. n. r.): Thiedemann, Winkler, Lütke-Westhus, Schockemöhle.

